

„Italiens Demokratie ist stabil“

Politologe Schieder zur rechten Regierung unter Giorgia Meloni

Von Michael Abschlag

Heidelberg. Siegfried Schieder (Foto: zg) ist Politologe am Institut für Politische Wissenschaft (IPW) der Universität Heidelberg. Am Mittwoch spricht er auf Einladung der Dante-Gesellschaft am Romanischen Seminar der Universität zur Situation in Italien.



> Herr Schieder, Giorgia Meloni ist jetzt seit fünf Monaten italienische Ministerpräsidentin. Haben sich die Befürchtungen bewahrt?

Die Befürchtungen, die vor allem vom internationalen Publikum mit Blick auf Italien geäußert wurden, haben sich nicht bestätigt. Das liegt auch daran, dass die neue Regierung eine gewisse Janusköpfigkeit, eine Zweiseitigkeit besitzt. Nach Innen ist sie ihrer Klientel treu, und gab einige Entscheidungen, die kritisch zu bewerten sind, etwa die rigide Bestrafung von illegalen Partys. Auf der anderen Seite hat man nach Außen hin ein sehr konzilianthes und vertrauensbildendes Verhalten. Das zeigt sich etwa in der Unterstützung der Ukraine und in einem pro-europäischen Kurs, wie ihn die Vorgängerregierung Mario Draghi ebnete.

> Denken Sie, dass das so bleiben wird? Oder droht irgendwann ein „Italexit“?

Das ist die große Frage. Ich glaube nicht, dass sich das grundsätzlich ändern wird. Die strukturellen Merkmale sprechen dafür, dass Italien außen- und europapolitisch keine großen Spielräume hat. Es gibt den sogenannten EU-Wiederaufbaufonds, den Italien mitverhandelt hat und der sehr viel Geld verspricht. Deshalb wird sich auch Meloni dreimal überlegen, ob sie eine andere Politik einschlägt. Sie hat zwar vor der Wahl angedeutet, dass sie bestimmte Entscheidungen auf europäischer Ebene neu verhandeln möchte, etwa was die Lastenverteilung in der Flüchtlingspolitik betrifft. Aber beim Geld steckt eine andere Logik dahinter, das ist ziemlich wichtig für Italien. Und auch, was das transatlantische Bündnis angeht, kann sich Meloni keine Veränderung erlauben.

> Meloni wird als Postfaschistin bezeichnet. Wie faschistisch ist ihr Programm? Natürlich kommt Meloni aus der postfaschistischen Tradition, und es gibt nach wie vor eine emotionale Verbindung zu diesem Milieu. Meloni hat sich auch nie eindeutig vom Faschismus distanziert. Aber wenn man sich das Programm anschaut, sieht man nicht wirklich eine Rückkehr zu diesen Wurzeln. Ihre Partei ist rechts, viel

leicht sogar ultrarechts, aber nicht rechts-extremistisch. Deshalb müssen wir keine Angst haben, dass Italien in den Faschismus abdriftet. Das zeigt auch das Wahlergebnis: Meloni hat zwar gewonnen, aber vor allem, weil es ihr gelungen ist, ein Wahlbündnis zu schmieden. Hätten die Linken sich auch vereint, hätten sie in der Summe sogar mehr Stimmen gehabt.

> Das heißt, Sie fürchten auch nicht, dass Meloni die Demokratie aushöhlt, wie es etwa in Polen oder Ungarn geschieht?

Die Gefahr sehe ich nicht wirklich, einfach aufgrund der institutionellen Vorkehrungen. Dass etwa die unabhängige Justiz infrage gestellt würde wie in Polen, lässt sich in Italien nicht beobachten. In Italien sind die demokratischen Institutionen stabil. Meloni hat vor der Wahl angekündigt, dass sie ein Präsidialsystem einführen will. Aber damit wird sie scheitern, alleine schon an den Mehrheiten im Parlament. Man darf nicht vergessen, dass ihre Partei zwar die stärkste Kraft ist, aber dennoch gerade mal 26 Prozent hat.

> Es gibt aber auch innerhalb der Regierung große Unterschiede, gerade mit Blick auf die Ukraine. Kann Meloni ihre Koalition zusammenhalten?

Bisher schon. Es war interessant zu sehen, dass sie sich bei der Regierungsbildung mit vielen Personalentscheidungen durchgesetzt hat. Offenbar besitzt sie eine gewisse Durchsetzungsstärke. Natürlich haben sowohl Silvio Berlusconi als auch Lega-Chef Matteo Salvini noch eine Rechnung offen, denn der Stimmzuwachs des Wahlbündnisses geht vor allem auf ihre Parteien zurück. Beide haben auch eine Nähe zu Wladimir Putin, während Meloni schon vor der Wahl sehr klar die westliche Politik unterstützt hat. Das gilt auch für andere außenpolitische Fragen, etwa das Verhältnis zu China. So hat Meloni die Unterzeichnung des „Memorandum of Understanding“ mit Chinas Regierung zur Neuen Seidenstraße 2019 als großen Fehler bezeichnet. Meloni ist hyper-anti-chinesisch und folgt damit dem Kurs der US-Republikaner.

> Die Sozialdemokraten haben mit Elly Schlein eine neue Hoffnungsträgerin. Kann sie Meloni gefährlich werden?

Das ist schwer einzuschätzen. Ihr Sieg in der parteiinternen Vorwahl kam relativ überraschend, da sie sich gegen einen arrivierten Gegenkandidaten durchsetzen konnte. Jetzt kommt es für sie zunächst darauf an, das zersplitterte linke Lager wieder stärker zu einigen. Man darf nicht vergessen, dass der Partido Democratico durch zahlreiche Abspaltungen geschwächt wurde. Deshalb muss man erst sehen, ob es ihr gelingt, dass linke Lager zu einigen. Solange das nicht passiert, ist sie für Meloni keine Gefahr.



Führt Giorgia Meloni Italien aus der EU? Siegfried Schieder rechnet nicht damit. Foto: AFP

Union klagt gegen Wahlreform

Verfassungsgericht nimmt auch bisheriges System unter die Lupe

Berlin. (dpa) Die Unionsfraktion im Bundestag hat sich einstimmig hinter eine Verfassungsklage gegen die von der Ampel-Koalition beschlossene Wahlrechtsreform gestellt.

Die Abgeordneten würden eine Normenkontrollklage in Karlsruhe einreichen, um überprüfen zu lassen, ob das neue Wahlrecht mit der Verfassung übereinstimmt, hieß es am Dienstag von Teilnehmern der Fraktionssitzung in Berlin. Die Fraktion werde auch einen Antrag auf einstweilige Anordnung stellen. Eine Klage aus dem Bundestag benötigt die Unterschriften von einem Viertel der Abgeordneten. Das sind 184, die Unionsfraktion hat 197 Mitglieder.

Zuvor wird sich das Bundesverfassungsgericht aber ausführlich mit dem 2021 angewendeten Wahlrecht beschäftigen. Es lehnte am Dienstag einen Antrag von Grünen, FDP und Linksfraction ab, eine Klage ruhen zu lassen. Da-

mit findet die mündliche Verhandlung am 18. April wie geplant statt.

Die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD hatte 2020 Änderungen am Wahlrecht beschlossen. Sie sahen zum Beispiel vor, dass bis zu drei Überhangmandate nicht durch Ausgleichsmandate für andere Parteien kompensiert werden.

Dagegen hatten die damaligen Oppositionsfractionen Klage eingereicht, weil die Regelungen unklar formuliert seien und gegen Chancen- und Wahlrechtsgleichheit verstießen.

Dieser Antrag sei mit der neuen Wahlrechtsreform hinfällig, argumentierten FDP, Grüne und Linkspartei. Die Richter sehen das anders: Es bestehe ein „erhebliches Interesse“ daran, ob die aktuellen Abgeordneten verfassungsgemäß gewählt sind – zumal das umstrittene Wahlrecht bei der Wiederholungswahl in Berlin noch einmal angewendet wird.